

## **Unterrichtung**

### **über die Ergebnisse der Sitzung des Verbandsgemeinderates Thalfang am Erbeskopf am Donnerstag, den 13.02.2020**

Die I. Beigeordnete Vera Höfner eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung werden nicht gestellt.

#### **I. Öffentlicher Teil**

##### **Zu TOP 1: Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner führt Beschwerde darüber, dass die Unterrichtung über die Sitzungen des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Malborn erst mit großer Zeitverzögerung erfolge. Für interessierte Einwohner sei es so sehr schwierig, sich über aktuelle politische Entwicklungen zu informieren. Die Vorsitzende sagt zu, die Angelegenheit zu überprüfen und die Anfrage schriftlich zu beantworten.

##### **Zu TOP 2: Wirtschaftsplan der Verbandsgemeindewerke Thalfang am Erbeskopf für das Wirtschaftsjahr 2020, Investitionsprogramm 2019 – 2023, Kalkulation und Festsetzung der Entgelte 2020**

Auf Bitte der Vorsitzenden erläutert Herr Werkleiter Markus Becker den Entwurf des Wirtschaftsplans der Verbandsgemeindewerke Thalfang am Erbeskopf für das Wirtschaftsjahr 2020 sowie die als Tischvorlage ausgeteilten Änderungen.

Für den Betriebszweig Wasserversorgung wird sich der geplante Gewinn nach der vorläufigen Ergebnisrechnung im Jahr 2019 voraussichtlich verbessern. Im Wirtschaftsjahr 2020 ist ein geringfügiger Gewinn in Höhe von 1.695 € veranschlagt.

Die erwartete Trinkwasserverkaufsmenge liegt über der des Jahres 2019, wobei dies keine Auswirkungen auf die laufenden Gebührensätze hat. Diese bleiben unverändert. Lediglich unter Zugrundelegung des Baupreisindex erfolgt eine Erhöhung der einmaligen Beiträge für Gebiete der erstmaligen Herstellung sowie Gebiete der räumlichen Erweiterung einer Wasserversorgungsanlage.

Zum Stellenplan bleibt festzustellen, dass für die Verbandsgemeindewerke durch das Gemeindeprüfungsamt insgesamt ein Stellenbedarf von 15,65 bestätigt ist. Dieser Bedarf wird durch den vorgelegten Stellenplan 2020 (15,43 Stellen ohne Auszubildende) nicht vollständig abgedeckt. Die Stelle eines Verwaltungsmitarbeiters wurde aufgrund des Ruhestandseintritts zum 01.04.2022 als künftig wegfallend gekennzeichnet. Um eine ausreichende und vollständige Einarbeitung zu gewährleisten, wurde mit dem Stellenplan 2020 bereits eine neue Stelle geschaffen.

Der Vermögensplan enthält Investitionen von 2.120.000 €, die nach Abzug von Abschreibungen und Ertragszuschüssen einen Kreditbedarf von 1.641.000 € bewirken. Der Liquiditätsüberschuss ist mit 121.055 € berechnet. Weiterhin sind Verpflichtungsermächtigungen von 2.275.000 € berücksichtigt.

Im Betriebszweig Abwasserreinigung wird für das Wirtschaftsjahr 2020 ein Gewinn in Höhe von 221.117 € erwartet. Das für das Jahr 2019 geplante positive Ergebnis von 243.625 € wird sich nach dem Zwischenbericht zum 30.08.2019 voraussichtlich verbessern.

In diesem Jahr sind, mit Ausnahme des Investitionskostenanteils für befestigte Straßenoberflächen sowie der Gebühr für Transport von Fäkalschlamm und Abwasser aus abflusslosen Gruben, keine Erhöhungen bei den laufenden und wiederkehrenden Gebühren geplant.

Lediglich die einmaligen Beiträge für Gebiete der erstmaligen Herstellung sowie Gebiete der räumlichen Erweiterung werden entsprechend dem Baupreisindex angepasst.

Der Vermögensplan enthält Investitionen von 1.938.000 €, die nach Abzug von Abschreibungen und Ertragszuschüssen einen Kreditbedarf von 510.000 € bewirken. Der Liquiditätsüberschuss ist mit 508.877 € berechnet. Weiterhin sind Verpflichtungsermächtigungen von 1.462.000 € berücksichtigt.

Im Betriebszweig Wärmeversorgung erwartet man im Jahr 2020 einen Gewinn von 361 €. Die Gebührenfestsetzung bleibt wie im Vorjahr.

Im Vermögensplan sind Investitionsmaßnahmen von insgesamt 104.000 € eingeplant. Der Liquiditätsüberschuss ist mit 25.332 € ermittelt. Es sind insbesondere Investitionen in die Optimierung des Nahwärmenetzes durch Verbesserung der Mess- und Regeltechnik geplant.

In der anschließenden Aussprache weist Ratsmitglied Stefan Brück (Fraktion Thalfanger Neue Liste) darauf hin, dass sich einige der geplanten Investitionsmaßnahmen auf Ortsgemeinden beziehen, die im Falle einer Kommunal- und Verwaltungsreform wegbrechen würden. Werkleiter Markus Becker verweist darauf, dass die Planungen der Maßnahmen bereits aus Vorjahren stammen. Ergänzend dazu spricht sich Ratsmitglied Burkhard Graul (SPD-Fraktion) dafür aus, dass erforderliche Investitionen im Bereich der jetzigen Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, unabhängig von den potentiellen Gebietsänderungen aufgrund der Kommunal- und Verwaltungsreform, getätigt werden sollten. Als erfreulich sieht er an, dass mit dem vorgelegten Wirtschaftsplan Überschüsse erzielt werden, die zur Schuldentilgung eingesetzt werden können.

Weiterhin erkundigt sich Ratsmitglied Graul, ob der Wirtschaftsplan Mittel bereitstellt für Kanalbefahrungen sowie die Schwarz-Weiß-Trennung im Betriebsgebäude in der Raiffeisenstraße. Werkleiter Markus Becker führt aus, dass die Kanalbefahrungen im Jahr 2021 durchgeführt werden sollen. Die erforderlichen Sanitärräume im Betriebsgebäude in der Raiffeisenstraße befinden sich derzeit in Planung. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten sei eine korrekte Schwarz-Weiß-Trennung mit Schleuse nicht möglich. Durch die Trennung der Sanitärräume für die Bereiche Wasser und Abwasser ließen sich jedoch Verbesserungen erzielen.

Ratsmitglied Winfried Welter (CDU-Fraktion) erkundigt sich, ob zu erwarten sei, dass in Zukunft erneut eine Steuerpflicht aufgrund der hohen Einnahmen entstehe. Dies sei nach der Einschätzung von Werkleiter Becker in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht der Fall.

Ratsmitglied Siebert Ott (CDU-Fraktion) regt an, dass für die Gemeinschaftskläranlage Bruderbach dringend ein Aufenthaltsraum gebaut werden müsse. Dringend im Rahmen der nächsten Werksausschusssitzung beraten werden müsse ebenfalls die Problematik in Bezug auf die Entnahme von Nahwärme des Erholungs- und Gesundheitszentrums. Hierzu ergänzt Ratsmitglied Christian Synwoldt (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen), dass die Nahwärme auch für öffentliche Abnehmer vernünftig tarifiert werden müsse.

Entsprechend der Empfehlung des Werkausschusses beschließt der Verbandsgemeinderat Thalfang am Erbeskopf den Wirtschaftsplan 2020 für die drei Betriebszweige einschl. Stellenübersicht und Investitionsprogramm 2019 bis 2023.

Die Entgelte für das Wirtschaftsjahr 2020 werden entsprechend der Vorlage festgesetzt.

Hierauf werden Vorauszahlungen in Höhe der festgesetzten Entgeltsbeträge für die laufenden Entgelte (Gebühren und Wiederkehrende Beiträge) mit je einem Viertel zu den allgemeinen Fälligkeitsterminen 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11.2020 bzw. auch abweichend bei späterer Erstellung der Gebühren- und Beitragsbescheide erhoben.

Der Beschluss hierzu erfolgt einstimmig.

### **Zu TOP 3: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 gem. §§ 95 und 96 GemO**

Die I. Beigeordnete Vera Höfner stellt zunächst die Eckdaten des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2020 vor. Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbetrag in Höhe von 121.763 € aus. Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt beläuft sich auf 377.516 €. Unter Berücksichtigung der Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von 693.000 € ergibt sich, bezogen auf die laufende Verwaltungstätigkeit, ein Liquiditätsdefizit von 315.484 €.

Im investiven Bereich sind Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von 1.172.350 € geplant. Diese verursachen einen Investitionskreditbedarf in Höhe von 928.322 €. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

|  |           |
|--|-----------|
| Ausstattungsgegenstände EDV:   | 7.000 €   |
| Beschaffung neuer Software:  | 34.300 €  |
| Ersatzbeschaffung Telefonanlage Rathaus:                                   | 26.000 €  |
| Ersatzbeschaffung Büromobiliar:  | 54.000 €  |
| Allgemeine Ausstattungsgegenstände Brandschutz:                            | 98.050 €  |
| Dienst- und Schutzkleidung Feuerwehr:                                      | 52.000 €  |
| Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen (HLF Thalfang, MLF Heidenburg u. Horath): | 475.900 € |

|  |          |
|--|----------|
| Umstellung auf Digitalfunk:                                      | 45.000 € |
| Planungskosten Um-/Neubau FWGH Horath:                           | 10.000 € |
| Planungskosten Um-/Anbau FWGH Deuselbach:                        | 10.000 € |
| Ausstattung Computerräume Erbeskopf Realschule <sup>plus</sup> : | 60.000 € |
| Ausstattungsgegenstände Erbeskopf Realschule <sup>plus</sup> :   | 5.072 €  |
| Sanierung Schulturnhalle Thalfang:                               | 29.500 € |
| Ausstattungsgegenstände Erholungs- und Gesundheitszentrum:       | 15.500 € |
| Absturzsicherung Stützmauer Thalfanger Bach:                     | 6.000 €  |

Der Gesamtschuldenstand der Verbandsgemeinde erhöht sich damit auf insgesamt rd. 25,7 Mio.€. Hiervon entfallen auf langfristige Investitionskredite rd. 15 Mio.€ und auf Kassenkredite rd. 10,7 Mio.€.

Der Stellenplan weist eine Gesamtstellenzahl 43,93 Stellen aus. Trotz der Umstrukturierung der Verbandsgemeindeverwaltung bleibt die Gesamtstellenzahl gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert und bewegt sich damit in dem vom Gemeindeprüfungsamt der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich im Rahmen der überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung für die Jahre 2010 – 2014 anerkannten Gesamtstellenbedarf.

In der anschließenden Aussprache betont Ratsmitglied Winfried Welter (CDU-Fraktion), dass die Verbandsgemeinde mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf ihren Pflichtaufgaben nachkomme. Für darüberhinausgehende freiwillige Aufgaben bestehe kaum Spielraum, da, trotz der Verbesserung gegenüber der Planung des Haushaltsjahres 2019, der Haushaltsausgleich weiterhin nicht erzielt werde. Die im Verhältnis hohen Ausgaben für den Tourismus und das Erholungs- und Gesundheitszentrum lohnten sich, da sie der Verbandsgemeinde Wertschöpfung einbringen. Diese lasse sich jedoch nicht direkt aus der Finanzplanung ablesen. Dennoch könne sich die Verbandsgemeinde einen Rückgang der Attraktivität gegenüber anderen Kommunen nicht leisten.

Ratsmitglied Detlef Jochem (SPD-Fraktion) führt ebenfalls aus, dass sich der Haushaltsplan im Wesentlichen auf die Erfüllung von Pflichtaufgaben und unabweisbare Erneuerungen und Ersatzbeschaffungen beziehe. Die veranschlagten Personalkosten bilden mit rd. 2,7 Mio.€ die größte Ausgabeposition im Ergebnishaushalt, sodass insbesondere auf dem Stellenplan ein besonderes Augenmerk liege. Erfreulicherweise liege der Stellenansatz für das laufende Haushaltsjahr trotz der Umstrukturierungsmaßnahmen in der Kernverwaltung und der Schaffung einer zusätzlichen Stelle für einen Digitalmanager unter dem Stellenbedarf 2019. Bei den vorgesehenen Investitionen in die Schulen und Schulturnhallen sei es sehr wünschenswert, dass die beantragten Fördermittel aus dem KII-Programm bewilligt würden. Ebenfalls sei darauf hinzuwirken, dass Fördermittel aus dem Digitalpakt beantragt werden könnten. Nicht hinnehmbar sei, dass die Schulträgerschaft für die Erbeskopf Realschule <sup>plus</sup> weiterhin bei der Verbandsgemeinde liege. Die Übernahme der Trägerschaft durch den Landkreis würde für den Haushalt eine wesentliche Entlastung bedeuten.

Abschließend stellt Ratsmitglied Jochem für die SPD-Fraktion folgende Anträge:

1. Das Verwaltungsgebäude soll wieder mit Blumenschmuck ausgestattet werden.
2. Für das Verwaltungsgebäude soll ein öffentliches WLAN eingerichtet werden.

Die Anträge sollen im Wege der gebotenen Sparsamkeit und der Haushaltsdisziplin mit den vorhandenen Haushaltsmitteln umgesetzt werden.

Des Weiteren soll sich die Verwaltung für den flächendeckenden Einsatz von First Respondern in der Verbandsgemeinde einsetzen.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Anträge im Anschluss an die Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt erneut zu thematisieren.

Ratsmitglied Stefan Brück (Fraktion Thalfanger Freie Liste) schließt sich seinen Vordnern an. Der finanzielle Handlungsspielraum der Verbandsgemeinde sei angespannt. Möglichkeiten, die Einnahmen zu erhöhen, bestünden nicht in geeigneter Form. Zur Reduzierung der Ausgaben würde die Übernahme der Schulträgerschaft durch den Landkreis einen großen Beitrag zur finanziellen Entlastung leisten. Die Verbandsgemeinde solle alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen, um die derzeitige Situation zu ändern.

Auch Ratsmitglied Rouven Bruce Schording (Fraktion Neue Liste e.V.) fordert, dass der Landkreis die Erbeskopf Realschule <sup>plus</sup> einschließlich der angefallenen Sanierungskosten übernimmt. Im Übrigen sehe er in dem vorliegenden Haushaltsentwurf ein Zahlenwerk, welches sich mit Pflichtaufgaben selber aufstelle. Freiwillige Leistungen würden aufgrund der Finanzsituation durch die Kommunalaufsicht nicht genehmigt. Nicht nur im Hinblick auf die angespannte Finanzlage appelliert Schording an Bürger und Ortsgemeinden, bis zur Kommunal- und Verwaltungsreform zu Ihrer Verbandsgemeinde zu stehen.

Ratsmitglied Christian Synwoldt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hebt hervor, dass die Verwaltung trotz der zunehmenden Anzahl an Pflichtaufgaben mit dem vorgelegten Plan im Stellensoll bleibe. Zudem sei durch die Darstellung der Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall in Einzelpositionen im Haushalt eine höhere Transparenz geschaffen worden. Ein großes Hemmnis im Zusammenhang mit der Kommunal- und Verwaltungsreform sehe er in den hohen Schulden der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf. Hilfreich wäre es, wenn in der Bilanz kein negatives Eigenkapital ausgewiesen werden müsste.

Für die FDP-Fraktion führt Ratsmitglied Werner Breit aus, dass ein genauer Blick auf die vorgelegten Zahlen trotz des gegenüber den Vorjahren geringeren Defizits für Ernüchterung Sorge. Ein Großteil des Investitionsvolumens sei über Kredite zu finanzieren. Ebenfalls sei davon auszugehen, dass sich an dieser Situation in den kommenden Jahren nichts ändere. Bei der FDP-Fraktion auf Unverständnis stoße, dass der Landkreis die Trägerschaft aller weiterführenden Schulen mit Ausnahme der Erbeskopf Realschule <sup>plus</sup> übernommen habe. Der seitens des Landkreises jährlich gewährte Zuschuss zu den Betriebskosten in Höhe des Festbetrages von 235.000 € sei nicht ausreichend bemessen. Außerdem sei dieser bisher nicht an das gestiegene Kostenniveau angepasst worden.

Ratsmitglied Richard Pestemer (FWG Erbeskopf) fordert, dass die Verbandsgemeinde den Landkreis nachdrücklich zu der Übernahme der Schulträgerschaft auffordern sollte. Im Rahmen der nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates solle hierüber ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Die Forderung der Ortsgemeinden auf eine finanzielle Mindestausstattung unterstütze der Landrat. Insofern sei es nur

konsequent, wenn der Landkreis seine Haltung zur Übernahme der Schulträgerschaft erneut überdenke.

Bezugnehmend auf die vorgetragenen Stellungnahmen der Fraktionen und Ratsmitglied Pestemer zum Haushaltsentwurf appelliert Ratsmitglied Bettina Brück (SPD-Fraktion) an alle Ratsmitglieder, auf die jeweiligen Mandatsträger im Kreistag einzuwirken, damit die Problematik der Übernahme der Schulträgerschaft erneut angegangen werden kann.

Nach der Erörterung des Haushaltsentwurfs 2020 bittet die Vorsitzende zurückzukommen auf die vorgetragenen Anträge der SPD-Fraktion. In Bezug auf den Antrag auf Ausstattung des Verwaltungsgebäudes mit Blumenschmuck bittet Verbandsgemeindeamtfrau Anna-Katharina Ebel zu bedenken, dass es sich bei der Einsparung des Blumenschmucks um eine vertraglich vereinbarte Konsolidierungsmaßnahme im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) handelt. Ohne eine Gegenfinanzierung sei die erneute Anbringung von Blumenschmuck am Rathaus daher nicht möglich.

Anschließend werden entsprechend der Anträge der SPD-Fraktion folgende Grundsatzbeschlüsse gefasst:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, dass das Verwaltungsgebäude wieder mit Blumenschmuck ausgestattet werden soll.

Der Beschluss erfolgt einstimmig bei 3 Enthaltungen.

Ferner beschließt der Verbandsgemeinderat, dass im Verwaltungsgebäude ein öffentliches WLAN-Netzwerk eingerichtet wird.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Ratsmitglied Richard Pestemer (FWG Erbeskopf) hat an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Beide Beschlüsse sollen im Wege der gebotenen Sparsamkeit und der Haushaltsdisziplin mit den vorhandenen Haushaltsmitteln umgesetzt werden.

Anschließend beschließt der Verbandsgemeinderat, entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2020 in der von der Verwaltung vorgelegten Form.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

#### **Zu TOP 4: Wahl der/des hauptamtlichen Bürgermeisterin/Bürgermeisters**

Der Verbandsgemeinderat hat in seiner Sitzung am 15.08.2019 beschlossen, abweichend von der Sollbestimmung des § 53 Abs. 5 Satz 2 GemO, bei der Landesregierung zu beantragen, die Amtszeit des neu zu wählenden Bürgermeisters durch die Verabschiedung eines entsprechenden Landesgesetzes auf 5 Jahre festzulegen.

Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde bereits mehrfach in Mainz beraten und nunmehr abschließend am 29. Januar 2020 in der Sitzung des Landtages Rheinland-

Pfalz zum zweiten Mal beraten und letztendlich beschlossen. Mit der Verkündung des Gesetzes ist in der 8. Kalenderwoche zu rechnen.

Um jedoch flexibel, zeitnah und fristgerecht handeln zu können, schlägt die Verwaltung vor, dass der Verbandsgemeinderat über den Ausschreibungstext und die gewünschten Veröffentlichungsorgane abschließend berät und entscheidet.

Die Festsetzung des Wahltermins obliegt nach § 53 Abs. 7 GemO i.V.m. § 60 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz (KWG) der Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung.

Sollte bis zu 16.02.2020 ein rechtskräftiges Landesgesetz vorliegen, kann die Wahl des Bürgermeisters unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen am 10.05.2020 (Stichwahl 24.05.2020) stattfinden. Anderenfalls wäre aufgrund einer landesweiten Migration der Meldeamtssoftware MESO und der sich daran anschließenden Sommerferien der 23.08.2020 der früheste mögliche Wahltermin (Stichwahl 06.09.2020).

Die Verwaltung hat deshalb der Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung den 10.05.2020 (Stichwahl 24.05.2020) als Wahltermin für die Wahl der / des hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters vorgeschlagen und aus oben genannten Gründen die zeitnahe Festsetzung des Wahltermins erbeten.

Hinsichtlich der Veröffentlichung der Stellenausschreibung war in der Vergangenheit eine Veröffentlichung im Amtsblatt, auf der Homepage der Verbandsgemeinde, im Trierischen Volksfreund und im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz üblich, was aufgrund der Bedeutung und Wertigkeit des Amtes auch von der Kommunalaufsicht empfohlen wird.

Die Wahlbekanntmachung erfolgt gem. § 1 der Hauptsatzung der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf im Amtsblatt und auf der Homepage der Verbandsgemeinde.

Ratsmitglied Stefan Brück (Fraktion Thalfanger Freie Liste) erkundigt sich, warum die Ausschreibungsfrist so kurz gewählt wurde. Potentiellen fähigen Bewerbern müsste auch genug Zeit eingeräumt werden um eine Bewerbung einzureichen. Die Vorsitzende erläutert, dass sich die Fristsetzung an dem vorgesehen letztmöglichen Wahltermin im Mai, vor der Umstellung der Meldeamtssoftware MESO, orientiert. Andernfalls könne die Wahl frühestens nach den Sommerferien stattfinden.

Ratsmitglied Siegbert Ott (CDU-Fraktion) gibt zu bedenken, dass die Formulierung der Stellenausschreibung „... wegen Versetzung in den Ruhestand“ zu datenschutzrechtlichen Problemen führen könnte. Die Problematik sei vor Veröffentlichung der Stellenausschreibung mit der Kommunalaufsicht abzustimmen. Eventuell könne als Ersatz der Begriff „Vakanz“ gewählt werden.

Nach erfolgter Beratung beschließt der Verbandsgemeinderat, entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, wie folgt:

- 1) Die Stellenausschreibung des hauptamtlichen Bürgermeisters soll in der vorliegenden Form erfolgen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

- 2) Die Stellenausschreibung soll im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, auf der Homepage der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, im Trierischen Volksfreund und im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz veröffentlicht werden.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Zu TOP 5: Einrichtung eines Bürgerbusses (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Neue Liste e.V., CDU, Bündnis 90/Die Grünen und dem Ratsmitglied Richard Pestemer)**

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Neue Liste e.V., Herr Rouven Bruce Schording, trägt den gemeinsamen Antrag auf Einrichtung eines Bürgerbusses der Fraktionen Neue Liste e.V., CDU, Bündnis 90/Die Grünen und dem Ratsmitglied Richard Pestemer wie folgt vor:

*„Sehr geehrte Damen und Herren,*

*der Verbandsgemeinderat möge in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fassen: Die Verwaltung der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf wird beauftragt, die Möglichkeiten der Einrichtung eines ehrenamtlich betriebenen Bürgerbusses innerhalb der Verbandsgemeinde zu prüfen. Ziel sollte es sein, dass die Organisation des Bürgerbusses von einer gemeinnützigen Organisation (Bürgerbusverein) getragen wird, sowie die Einbindung verschiedener Hilfsorganisationen wie z.B. DRK, Tatkraft in Thalfang, etc. in das Projekt. Die insoweit anfallenden Kosten einschließlich der Finanzierung eines entsprechenden Fahrzeuges sollten wegen der fehlenden finanziellen Leistungsfähigkeit der Verbandsgemeinde über ein Sponsoring sowie über öffentliche Förderprogramme sichergestellt werden. Die Prüfung von möglichen Organisationskonzepten und von finanziellen Fördermöglichkeiten sollten in Kontakt mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz und der Agentur Landmobil erfolgen.*

**Begründung:**

*Das Leben auf dem Land hat viele Vorzüge – manches ist jedoch schwieriger. Wege zum Einkaufen, zu Post, Bank oder Arzt sind oft weiter als in der Stadt. Orts- und Verbandsgemeinden stehen vor der schwierigen Aufgabe, die Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge zu sichern. Betrachtet man die hochbetagte Bevölkerung kann oder will diese nicht immer mit dem Auto fahren. Gerade in unserer Verbandsgemeinde mit den vielen kleinen Ortschaften, kann der öffentliche Nahverkehr diese Mobilität nicht leisten.*

*Daher wird von uns die Prüfung des Projektes Bürgerbus beantragt. Das Motto lautet „Bürger fahren für Bürger“. Die Bürger organisieren und betreiben den Bürgerbus ehrenamtlich. Zu diesem Zweck kann man einen Bürgerbusverein gründen, der das Angebot konzipiert. Der Bürgerbus fährt vor allem im Nahbereich und verbindet beispielsweise die Ortsgemeinden mit dem Grundzentrum Thalfang. In Thalfang sind wichtige Ziele wie Ärzte, Banken oder Einkaufsmöglichkeiten.*

*Doch der Bürgerbus ist weit mehr als ein reines Beförderungsmittel. Er bietet Raum für Kontakt- und Kommunikationspflege. Dadurch werden Fahrgemeinschaften gefördert, die dazu beitragen die Umwelt zu schonen. Im Bürgerbusverein kommen Menschen zusammen, die sich für die Gemeinde und jeden Einzelnen in der Gemeinschaft engagieren. Der Verein ist Anlaufpunkt für Bürger aus der ganzen Region.*

*Mit dem Projekt „Bürgerbus Verbandsgemeinde Thalfang“ soll vor allem die Nahmobilität innerhalb der Verbandsgemeinde gestärkt werden. Jeder Bürgerbus hat immer eine starke soziale Komponente. Mehr und mehr entwickelt sich der Bürgerbus als eigenständiges Produkt – und nicht als Lückenfüller für den regulären öffentlichen Nahverkehr. Eins verbindet alle Bürgerbusse: Ohne bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement geht nichts.“*

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Burkhard Graul (SPD-Fraktion) betont Herr Schording stellvertretend für die Antragsteller, dass die Verbandsgemeinde das Projekt „Bürgerbus“ nicht in ihrer Verantwortung organisieren soll. Die Verwaltung solle lediglich mit der Prüfung der Möglichkeiten beauftragt werden.

Ratsmitglied Burkhard Graul gibt zu bedenken, dass ein solches Projekt so gestaltet werden müsse, dass keine Konkurrenz zu Taxi- und Busunternehmen aufgebaut wird. Ferner solle in der Bürgerschaft der tatsächliche Bedarf abgefragt werden, bevor viel Arbeit und Zeit in konzeptionelle Überlegungen investiert wird.

Ratsmitglied Christian Synwolft (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf ähnliche Projekte in Nachbarkommunen. Hier könne man Informationen sammeln und sich über bestehende Möglichkeiten informieren.

Ratsmitglied Werner Breit (FDP-Fraktion) erachtet das beantragte Projekt grundsätzlich als sinnvoll. Er warnt jedoch davor, die Verwaltung mit einer solchen Aufgabe, die eindeutig zu den freiwilligen Leistungen zählt, zu überfrachten.

Beigeordneter Müller (Neue Liste e.V.) verweist auf die Angebote der Agentur LandMobil. Diese bietet kostenlose Infoveranstaltungen über das Konzept „Bürgerbus“ an und könnte unterstützend tätig werden. In Ergänzung dazu verweist Ratsmitglied Richard Pestemer (FWG Erbeskopf) auf weiterführende Literatur, die er im Bedarfsfall gerne zur Unterstützung zur Verfügung stellt.

Ortsbürgermeisterin Sabrina Kirch (Ortsgemeinde Etgert) erkundigt sich danach, wie ein Bürgerbusverein Einnahmen generieren wird. Ferner von Interesse wäre, ob nur Vereinsmitglieder das Angebot nutzen können, oder ob dieses jedem Bürger zur Verfügung steht. Ratsmitglied Winfried Welter (CDU-Fraktion) erwidert, dass genau diese Detailfragen geprüft werden sollen. Zum jetzigen Zeitpunkt könne hierauf nicht geantwortet werden.

Sodann stellt die Vorsitzende den Beschlussvorschlag entsprechend des Antrags zur Abstimmung:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die Verbandsgemeindeverwaltung zu beauftragen, die Möglichkeiten der Einrichtung eines ehrenamtlich betriebenen Bürgerbusses innerhalb der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zu prüfen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

### **Zu TOP 6: Informationen und Verschiedenes**

Die Vorsitzende informiert über folgende Sachverhalte:

- Kommunal- und Verwaltungsreform: Derzeit liegen keine neuen Informationen zur weiteren Vorgehensweise vor
- Veranstaltung der Initiative „Tatkraft in Thalfang“ am 02.04.2019 um 19.00 Uhr im „Haus der Begegnung“ in Thalfang

Ratsmitglied Winfried Welter (CDU-Fraktion) regt an, dass Sitzungen des Verbandsgemeinderates und der Ortsgemeinderäte zukünftig besser abgestimmt werden müssen. Ratsmitglied Vera Steinmetz (CDU-Fraktion und gleichzeitig Mitglied des Ortsgemeinderates Malborn) habe die Sitzung vorzeitig verlassen, da der Ortsgemeinderat Malborn am heutigen Tage ebenfalls tagt. Diese Terminüberschneidungen würden die ehrenamtlich Tätigen in Interessenskonflikte bringen. Ratsmitglied Burkhard Graul (SPD-Fraktion) ergänzt, dass Ortsbürgermeister die Sitzungen mit der Verbandsgemeinde abstimmen sollen. Bei Terminüberschneidungen sollte die Verwaltung zukünftig eingreifen.

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Personalangelegenheiten
2. Informationen und Verschiedenes

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **Zu TOP 7: Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt die Vorsitzende bekannt, dass die unter TOP 1 NÖ beratenen Personalangelegenheiten entsprechend der Verwaltungsvorschläge umgesetzt werden.